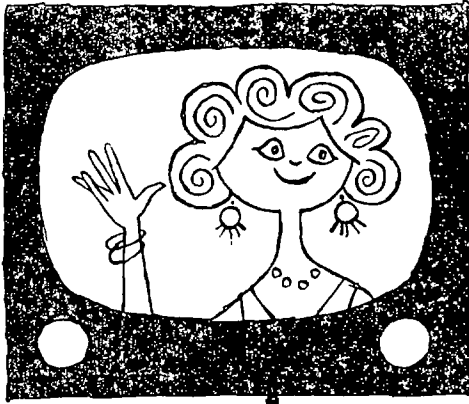


# Fernsehen mit STAR-Revue



In jedem Heft:  
Das ausführliche Fernsehprogramm  
für 14 Tage —  
Das Neueste aus den  
Fernsehstudios.

Bildberichte über  
kommende Sendungen —  
Die kritische  
Programm-Nachschau —  
STAR-Revue,  
die Film- und Fernseh-Illustrierte



Kostenlos ein Probeheft

mit dem aktuellen Fernsehprogramm erhalten Fern-  
sehteilnehmer, die diesen Abschnitt an die STAR-  
Revue, Hamburg 1, Pressehaus schicken

Name

Ort

Straße

Speidels Schreiben an Göring genügt keiner der drei vorgeschriebenen Formen. Obgleich es mit dem Stempel „Geheim“ und dem Vermerk „Mit Kurier“ versehen ist, fehlt im Kopf — gegen alle Regeln — die Brieflagebuch-Nummer.

In der zweiten Zeile des Briefkopfes steckt der zweite Fehler. Dort steht, geschrieben am 3. Oktober 1934: „Hauptmann im Generalstab“, wiewohl der Name „Generalstab“ erst am 1. Juni 1935 für den Amtsgebrauch wieder freigegeben wurde.

Auch die Anschrift des Briefes ist falsch diktiert. Die Behörde des Adressaten Göring hieß — wie der Briefkopf des Dokuments Nummer 1 zeigt — „Der Reichsminister der Luftfahrt“. Kein Grund also für den unüblichen Umstand, den die Hersteller des Dokuments Nummer 3 mit der Anschrift angestellt haben.

Die briefliche Anrede „Herr General“ ist nicht nur unhöflich. Sie ist für deutsche Wehrmacht-Verhältnisse geradezu absurd. Die Konvention schrieb vor: „Hochverehrter Herr General.“ Möglich war auch: „Hochzuverehrender Herr General.“ Da Göring damals sowohl Reichsminister als auch General der Infanterie war, der Minister aber vor dem General rangierte, hätte der Hauptmann Speidel mindestens: „Hochverehrter Herr Reichsminister“ schreiben müssen.

Die Floskel „Hochachtungsvoll“ am Ende des Speidel-Briefes liegt noch unter dem Niveau der brieflichen Anrede. Das Mini-



Dokumenten-Fälscher Münzenberg  
„Zu schwach, zu objektiv“

mum hätte lauten müssen: „Ihr, Herr Reichsminister, gehorsamer...“ Maximal wäre möglich gewesen: „Mit dem Ausdruck gehorsamster Verehrung — Herrn Reichsministers ganz gehorsamer...“

Die Journalisten, die am vorletzten Donnerstag von den Arrangeuren der Ostberliner Pressekonferenz wissen wollten, woher die Speidel-Dokumente stammen, bekamen zur Antwort: „Aus einem Panzerschrank, der für uns erst kürzlich zugänglich wurde.“

Genosse Beyling, Pressechef beim „DDR“-Ministerpräsidenten Grotewohl, fügte hinzu: Über den Standort jenes Panzerschranks könne noch nichts gesagt werden, „da wir noch mehr Dokumente erwarten“.

## PRESSE

SCHERL

### Die Deutschbewußten

Selbstverständlich kommt ein Hugenberg genauso wenig wieder wie ein Hitler, und der Initiator des neuen Scherl-Verlages hat keineswegs den zweifelhaften Ehrgeiz, ein kleiner Hugenberg im Westentaschenformat zu werden. Diese erbaulichen Versicherungen stehen in einem Memorandum, das vor einigen Wochen ein Kurier dem CDU-Parlamentarier Hugo Scharnberg in Bonn überreichte.

Scharnberg las weiter: „Gedacht ist vielmehr, daß der ‚Berliner Lokal-Anzeiger‘ wie auch alle anderen noch geplanten Publikationen auf dem Boden der Demokratie eine Abkehr vom Marxismus und eine Hinwendung zur gemäßigten nationalen und bürgerlichen Konzentration anstrebt... Das Bestreben geht dahin, daß eine politische, kulturpolitische und wirtschaftspolitische Gesundung des deutschen Volkes mit allen publizistischen Mitteln versucht werden muß.“

„Um nur ein paar besonders populäre Fragen anzudeuten: Fachminister und nicht Parteiminister! Schluß mit einer Kunst, die man nur als krankhaft (um nicht zu sagen ‚entartet‘) bezeichnen kann! Jugenderziehung, Gerichtswesen, saubere Berichterstattung usw. usw., alles interpretiert von Journalisten der besten Schule und nicht von jenen so zahlreich gewordenen Nachkriegs-Schreiberlingen.“

Da Scharnberg von Parlaments wegen mit Presefragen nicht befaßt ist, brauchte er sich auf die Frage, ob Vorkriegs-, Kriegs- oder Nachkriegsjournalisten die bessere Schule haben, nicht einzulassen. Scharnberg ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit, und um diese klingenden Begriffe — Geld und Kredit — ging es auch dem Herrn und der Dame, die aus dem Vestibül des Bundeshauses den Kurier zu Scharnberg vorgeschickt hatten.

Es waren die Eheleute Reinhold und Irene Scharnke, die Gesellschafter der August Scherl Nachfolger KG. Die Gesellschaft möchte schon seit Monaten aktiv werden, sie will den „Berliner Lokal-Anzeiger“ neu herausgeben. Scharnke bot Politikern vom rechten Flügel der CDU\* bis zur DP/FVP an, ihren Wahlkampf zu unterstützen, wenn man ihm bei der Beschaffung der noch fehlenden Mittel behilflich sein würde.

Der 58jährige Reinhold Scharnke nimmt die wohlklingende Berufsbezeichnung eines Verlagsdirektors erst seit kurzer Zeit für sich in Anspruch. Er hatte jahrzehntelang im Dienste etlicher Zeitungen Feuilletons und Musikkritiken geschrieben, außerdem produzierte er leichte Unterhaltungslektüre für den Strandkorb („Was tut Herr Horn in Kühlungsborn?“; „Kommst Du mit nach Zinnowitz?“). Nach 1933 hatte sich Scharnke auch an sogenannten politischen Romanen und Dokumentarbüchern („Deutsche Arbeit, Sieg heil!“) versucht; 1946 hatte er sich dann mit seiner dritten Ehefrau, Charlotte geborene Puder, in deren Heimatstadt Coburg zurückgezogen.

Seinen Lebensunterhalt verdiente sich Scharnke zunächst als Musikkritiker und mit der Übersetzung von musikwissenschaftlichen Werken ausländischer Autoren, die der Münchner „Winkler Verlag“ in deutscher Sprache herausgeben wollte. Aber der Verlag war von Scharnkes Leistungen so enttäuscht, daß er noch 1950 in einem Brief klagte:

\* CDU-Parlamentarier Scharnberg, der Empfänger des Scharnke-Memorandums, lehnte eine Förderung des Berliner Unternehmens ab.

„Da sich Herr Scharnke uns gegenüber als Musikwissenschaftler und Musikschriftsteller von Ruf ausgab, ... schlossen wir mit Herrn Scharnke einen Verlagsvertrag ab, demzufolge er nach der Fertigstellung der Übersetzungen ‚Tschaikowsky‘ und ‚Händel‘ uns bis zum 31. Dezember 1948 eine Biographie über ‚Bülow‘ schreiben sollte. Nachdem sich ... eindeutig erwies, daß Herr Scharnke nicht nur die für eine solche Arbeit notwendigen stilistischen Mittel, sondern auch die Fähigkeiten, wissenschaftlich exakt zu arbeiten, fehlten, traten wir vom Vertrag zurück ...“

„Es ist Herrn Scharnke von uns mitgeteilt worden, daß wir zu gegebener Zeit gegen ihn Klage erheben werden wegen Überzahlung der gezahlten Honorarvorschüsse\*, da er den Vertrag, eine einwandfreie und druckfertige Übersetzung zu liefern, nicht erfüllt hat ... Wir haben weiter feststellen müssen, daß es Herrn Scharnke nur darauf ankommt, möglichst viel Geld für sich persönlich herauszuschlagen, ohne sich um seine Verpflichtungen zu kümmern.“

Bald kannte jeder Coburger den Namen Scharnke und sein Pseudonym „Eres“. Denn der Berliner brachte Leben in die verschlafene fränkische Residenz, nachdem er eine Zeitschrift „Deutscher Kulturspiegel“ gegründet hatte. Die mit „Eres“ unterzeichneten Kulturkritiken waren so gelassen, daß der Autor darob eines abends von den Schauspielern des Stadttheaters verdroschen wurde. Im „Kulturspiegel“ lieferte Scharnke, der in seinem Brief an den CDU-Finanzpolitiker Scharnberg jüngst so fein zwischen Nachkriegsschreiberlingen und Journalisten bester Schule zu unterscheiden wußte, auch ein Beispiel von zeitlosem Journalismus, dessentwegen der Staatsanwalt (nach einem Bericht der am Ort erscheinenden „Freien Presse“) den Scharnke einer „Leichtfertigkeit“ bezichtigte, „wie sie bisher in der deutschen Presse Gott sei Dank äußerst selten vorgekommen sein wird“. Scharnke hatte als Chefredakteur den Artikel eines Mitarbeiters veröffentlicht, der behauptete, ein ehemaliger Intendant des Landestheaters Coburg habe seine Stellung auf Grund der Beziehungen bekommen, die dessen Stieftochter Carmen zu einem amerikanischen Theateroffizier unterhalten habe.

Wegen Scharnkes kulturpolitischer Tätigkeit in Coburg rechnete auch der FDP-Oberbürgermeister Dr. Langer in einem Zeitungsartikel mit ihm ab:

„Scharnke stellt sich seinem Publikum als Vorkämpfer gegen die neofaschistische Reaktion am Theater vor. Besitzt er wenigstens dazu die notwendigen charakterlichen Eigenschaften und charakterliche Vergangenheit? Als er sich am 4. November 1946 als aus Berlin Zugereister um eine Coburger Wohnung für seine Familie bewarb, bezeichnete er sich als Opfer des Faschismus. Zur Bekräftigung seines Wohnungsanspruchs und seines Antifaschismus wies er u. a. darauf hin, daß in Bayern gegenwärtig (also 1946) vielfach von ihm verfaßte politische Stücke, z. B. die ‚Entnazifizierungs-Creme‘, erfolgreich aufgeführt würden. Coburg ist zum Glück von diesem Stück zeitgemäßer Konjunkturpolitik verschont geblieben ...“

Als der „Deutsche Kulturspiegel“ bald darauf in Scherben ging\*\*, wurde der angriffsfreudige Scharnke Feuilleton-Redakteur bei der Coburger Lokalzeitung „Neue Presse“, einem Blatt mit einer Auflage von etwa 30 000 Exemplaren. Aber auch in dieser Funktion erntete Scharnke Hader

\* Scharnke hatte 6000 Mark Vorschuß erhalten.

\*\* Seit dem Konkurs fordert Scharnkes ehemaliger Mitgesellschafter Preussner noch immer über 5000 Mark von Scharnke. Preussner, der sich auf ein Gerichtsurteil gegen Scharnke beruft, gibt an, von Zeit zu Zeit kleinere Teilbeträge zu empfangen.

und Verdruß, so daß ihm die Geschäftsführung des Verlages — „nach betriebsinternen Differenzen“ — eines Tages nahelegte, eine Abfindung von 5850 Mark anzunehmen und sich nach einer anderen Stellung umzusehen. Das versuchte Scharnke zunächst in Brasilien, wo ihm ein Bekannter eine Anstellung bei einer illustrierten Zeitschrift vermittelt hatte. Doch schon nach einem Vierteljahr verließ Scharnke Sao Paulo wieder, weil er, wie er später erzählte, das Klima und die Löhne nicht länger ertragen konnte.

Mit dem Motorschiff „Alnati“ der Rotterdam-Südamerika-Linie kehrte der unruhige Feuilletonist nach Europa zurück. Als das Schiff in Rotterdam festmachte, hatte sich Scharnkes weiterer Lebenslauf bereits entschieden. Er hatte auf dem Schiff die reiche Holländerin Irene Post van der Burg kennengelernt, eine etwa 40jährige Dame, deren verstorbener Vater vor dem Kriege hoher Kolonialbeamter und Besitzer großer



Verlagsgründer August Scherl  
250 000 Mark für seinen Namen

Plantagen in Indonesien gewesen war und der seiner Familie große Vermögenswerte hinterlassen hatte. (Für den Verlust der Plantagen war die Familie mit mehreren Millionen Gulden entschädigt worden.)

Scharnke ließ sich kurz darauf von seiner dritten Gattin Charlotte scheiden (Charlotte: „Wir haben uns auf mitteleuropäische Art in beiderseitigem Einvernehmen getrennt“). Frau Charlotte, die sich unter dem Pseudonym „Eresina“ feuilletonistisch betätigt, übernahm inzwischen bei der Coburger „Neuen Presse“ den verwaisten Redaktionsstuhl ihres verflorbenen „Eres“, während Eres-Scharnke selbst zum fünften Male heiratete (mit seiner zweiten Frau hatte er zweimal die Ehe geschlossen), diesmal die vermögende Holländerin Irene.

Frau Irene hätte am liebsten eine kleine Villa auf Mallorca, Ibiza oder Ischia gemietet, wo sich ihr Gatte dann ganz seinen literarischen Passionen hätte widmen können. Aber Reinhold Scharnke, der sein Leben lang von Verlegern abhängig gewesen war, wurde von der Idee fasziniert, selbst Verleger zu werden.

Für den Höhenflug seiner Pläne gab es bald einen Landeplatz, als ihn ein Berliner

Finanzmakler auf eine günstige Gelegenheit hinwies: Der Firmenmantel des alten Großverlages August Scherl, der früher einmal der zweitgrößte Verlagskonzern neben Ullstein gewesen war, wurde seit längerer Zeit zum Verkauf angeboten. Die Gebäude und technischen Einrichtungen des Scherl-Verlages in Berlin, der einst zum Millionenvermögen des deutschnationalen Schwerindustriellen Alfred Hugenberg gehört hatte, sind zwar zerbombt, aber Scharnke glaubte an den Nimbus des alten Namens.

Der Name Scherl war für den Verlagsinteressenten besonders attraktiv: Sein Vater, der den Beruf des Schriftsetzers ausübte, war im Dienste von Scherl ergraut, und Reinhold Scharnke selbst hatte früher manchen Artikel für Scherl-Blätter geschrieben. Deshalb verschaffte es ihm jetzt im Alter Genugtuung, am 15. September 1956 von der Ostdeutschen Privatbank (Opriba), die das Vermögen des 1951 verstorbenen deutschnationalen Industriellen Alfred Hugenberg verwaltet, den Firmennamen „August Scherl Nachfolger“ und den Zeitungstitel „Berliner Lokal-Anzeiger“ für 250 000 Mark zu erwerben.

Gleichzeitig räumte ihm die Opriba eine Option für die übrigen alten Scherl-Titel wie „Berliner Illustrierte Nachtausgabe“, „Die Woche“ und „Der Silberspiegel“ ein. Um den alten Hugenberg-Zeitungskonzern — zumindest dem Namen nach — bald ganz in seinen Besitz bringen zu können, kaufte Scharnke im April noch den Firmenmantel der Scherl Anzeigen- und Reklamegesellschaft „Ala“ für 100 000 Mark.

Das Geld stellten Frau Irene Scharnke und ihre Mutter aus ihrer Privatschatulle zur Verfügung. Außerdem übernahm Frau Irene auch noch die persönliche Haftung für alle Geschäfte der Kommanditgesellschaft Scherl Nachfolger. Die Holländerin ist die einzige Komplementärin, Scharnke selbst ist Kommanditist und bürgt bei Verlusten der Firma nur mit der auf seinen Namen geleisteten Einlage von 100 000 Mark.

Bald darauf ließ sich Scharnke Visitenkarten als Verlagsdirektor der Scherl Nachfolger KG drucken. So trat er in die Fußstapfen des alten Verlagsgründers August Scherl, der — von Hause aus mittellos — 1883 den „Berliner Lokal-Anzeiger“ mit 15,85 Mark eigener Einlage und 2000 Goldmark Kredit seiner Schwester gegründet und mit diesem Blatt den bis dahin unbekanntem Typ des Generalanzeigers geschaffen hatte. 1914 war der Scherl-Verlag (für 20 Millionen Goldmark) in die Hände des „Deutschen Verlagsvereins“ in Düsseldorf übergegangen, hinter dem der Schwerindustrielle Alfred Hugenberg stand.

Was dem August Scherl 1883 geglückt war — mit wenig Geld ein Warenhaus für Verlagsserzeugnisse aller Art aufzubauen —, das hielt Scharnke auch im modernen Wirtschaftswunder-Zeitalter für durchaus möglich. Er wurde in seinem Optimismus bestärkt, nachdem er Verbindung zu rechtsgerichteten Parteipolitikern, wie den Berliner Vorsitzenden der FVP und DP, Siemens-Direktor Hubert Schwennicke und Rechtsanwalt Dr. von Heynitz, aufgenommen hatte, die sein Projekt wärmstens begrüßten. Man gab sich in diesem Kreis konservativer Männer der Hoffnung hin, daß ein neuer „Berliner Lokal-Anzeiger“ nicht nur Berlin, sondern auch Westdeutschland begeistern werde.

„Die berlinfreundlichere Stimmung Westdeutschlands, verbunden mit politischen Erklärungen für Berlin“, so hatte ein Werbeberater dem Scharnke schriftlich mitgeteilt, „bieten einer Westberliner Zeitung neuerdings in der Bundesrepublik gewisse Chancen ... Westdeutschland ist sonntags zeitungssarm. Wenn eine Berliner Zeitung überhaupt im Westen existieren kann, dann auf jeden Fall als Sonntagsausgabe ... Der ‚Berliner Lokal-Anzeiger‘ ist heute



Sommer, Sonne,  
Ferienfreude -  
ein Glas Deinhard  
stimmt heiter und froh!

*Deinhard*  
HOBBY

- ein Vergnügen,  
das sich jeder leisten kann.

DEIN SEKT SEI *Deinhard*

noch für viele Berliner ein Begriff. Als solcher hat er einen bestimmten Wert für das Vertriebs- und Anzeigengeschäft.“

Von solchen optimistischen Empfehlungen beflügelt, mietete Scharnke ein auf dem Grundstück Friedrichstr. 231 neuerrichtetes Bürogebäude mit 62 Zimmern (Monatsmiete rund 6000 Mark), das nach Scharnkes eigener Darstellung „in seinem Baustil dem alten, wenn auch größeren Scherlhaus, ehemals in der Zimmerstraße, angepaßt worden ist.“ Den Mietvertrag schloß Scharnke auf fünf Jahre ab. Außerdem traf er eine losé Absprache mit der Berliner Druckerei Hentschel, Heidrich & Co GmbH, die den neuen „Berliner Lokal-Anzeiger“ im Lohndruck herstellen sollte.

Das Problem der Beschaffung ausreichender Betriebsmittel mochte dem unternehmenden Scharnke gelöst erscheinen, nachdem er sich einen so beziehungsreichen Mann wie den ehemaligen Ufa-Direktor Lothar C. Wille als kaufmännischen Direktor verschrieben hatte. Dieser Wille hatte in den Nachkriegsjahren als Mitglied des Westberliner Abgeordnetenhauses zunächst bei der CDU, dann in der FVP-Fraktion gezeigt, daß er fähig war, Luftbrücken von der Politik zur Wirtschaft zu schlagen und in großzügigen Kategorien zu denken.

So ließ er sich zum Beispiel vom Aufsichtsrat des Berliner Zahlenlottos, in dem außer ihm selbst noch die Berliner Abgeordneten Swolinzky (SPD) und Günzel (FDP) saßen, 1955 in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Ufa-Affia 30 000 Mark aus der Lottokasse als Zuschuß zur Ausgestaltung eines rauschenden Gartenfestes mit Filmstars bewilligen. Wegen dieser Entnahme aus der Lottokasse gab es später im Westberliner Abgeordnetenhaus einen solchen Wirbel, daß die Fraktionen ihren Lotto-Abgeordneten nahelegten, von der Parlamentsbühne abzutreten. Swolinzky und Günzel verschwanden in der Versenkung, nur Wille blieb standfest wie Götz von Berlichingen (SPIEGEL 2/1956).

Dieser passionierte Wirtschaftspolitiker hatte dem Scharnke schon vor Monaten prophezeit, daß der Inhaber des alten Hugenberg-Verlages von den rechtsorientierten Kreisen der Industrie Geld bekommen würde. Wille verhandelte sieben Monate lang fast täglich — so schien es jedenfalls Scharnke — mit Großbanken und Industrie-Gruppen wie Quandt, Flick, der Maschinenfabrik Miag in Braunschweig und dem Pudding-Millionär Oetker, ferner mit dem Bundesvorstand der Deutschen Industrie und mit Bonner Dienststellen.

Auf Wille vertrauend, bereitete Scharnke das Wiedererscheinen des Berliner Lokal-Anzeigers vor; Ende April — so hieß es anfangs — sollte die erste Ausgabe gedruckt werden. Innenarchitekten hatten die 62 Zimmer des Scherlhauses repräsentativ ausgestattet, Büromöbel und Fernschreiber waren angeschafft und Leitungen für große Leuchtreklamen installiert worden. Sogar die Kantine hatte man schon an die Schultheiß-Brauerei verpachtet. Auch die personelle Besetzung einiger leitender Posten stand bereits fest. Es fehlte nur noch der letzte, aber sehr entscheidende Faktor: das Startkapital. Je näher der Monat April heranrückte, desto mehr verstummte der sonst so redselige Wille. An einem grauen Märztag blieb ihm nichts anderes übrig, als zu offenbaren: Die Industriefirmen waren nicht eingestiegen.

Nach diesen schlechten Erfahrungen mit deutschen Finanzkapitänen versuchten Wille und Scharnke es noch einmal bei Holländern. Sie boten der Rotterdamer Slavenburg-Bank eine Beteiligung an; doch die Bank erkannte, daß noch kein Pfennig deutsches Kapital in das Unternehmen ge-



„Eres“ Reinhold Scharnke  
In Berlin eine Gründung

flossen war, und erklärte eindeutig: „Wir wollen nicht der erste Partner sein, der haftendes Eigenkapital einbringt.“

Nach diesem Partner aber sucht man heute noch; der Starttermin für den neuen „Berliner Lokal-Anzeiger“ wurde von Ende April auf den 1. Juni, am 1. Juni auf den 1. Juli und am 1. Juli abermals verschoben. Auch die für den ersten Juni vorgesehene Einweihungsfeier des Scherlhauses wurde abgesagt, weil nach dem derzeitigen Stand der Dinge kein Anlaß zum Feiern vorlag.



„Eresina“ Charlotte Scharnke  
In Coburg eine Scheidung

Doch Scharnkes Optimismus sank nur für eine kurze Weile auf den Nullpunkt: als nämlich seine holländischen Damen — besonders Schwiegermutter Post van der Burg — sich über den Stillstand der Dinge sorgten. Mehr noch als den eventuellen Verlust des Geldes fürchten sie allerdings den Wirbel, der nicht ausbleiben wird, wenn man in Holland erfährt, daß die bei Hof gut angeschriebene Familie ein deutschnationales Unternehmen finanziert.

Inzwischen bot Scharnke allen Charme auf, um solche Bedenken zu zerstreuen. Er selbst hatte sofort wieder Mut geschöpft, als sich mehrere neue Kontaktmittler in seiner Komfortwohnung am Kaiserdamm 103 gemeldet hatten, denen es eine Kleinigkeit zu sein schien, endlich die solange entbehrten Verbindungen anzubahnen. So fiel es dem Verlagsdirektor Scharnke nicht schwer, sich in den letzten Wochen von seinem kaufmännischen Direktor Wille zu trennen, den plötzlich wieder die Politik mehr lockte als das Geschäft.

Seitdem läßt Scharnke sich mit Vorliebe von einem ehemaligen Referenten des früheren Reichspropagandaministeriums namens Meier beraten, dessen Nachname mit dem ebenfalls nicht undeutschen Vornamen Hans verbunden ist und der zum Unterschied von anderen meinungsbildenden Hans Meiers in Berliner Journalistenkreisen kurz „Loch-Meier“ genannt wird.

Nachdem Frau und Schwiegermutter Scharnkes mittlerweile etwa 400 000 Mark investiert hatten, kontaktierten Meier und seine Alt-Bekannteten ihre Freunde — vom Stahlhelmführer Thomas Girgensohn bis zu Dr. Eberhard Taubert, ehemals Antikominternspezialist des Dr. Goebbels — und forderten sie auf, dem Scherl-Nachfolger Scharnke geschäftsträchtige Beziehungen zu schaffen. Von der Mitwirkung des Dr. Taubert, der 1955 als 2. Vorsitzender der deutschen Sektion der Antibolschewistenliga „Volksbund für Frieden und Freiheit“ ausscheiden mußte und seitdem kleine Geschäfte an der Ruhr macht, versprachen sich die neuen Männer um Scharnke eine Hochflut von Anzeigenvorbestellungen.

Tatsächlich stellte Dr. Taubert („Ich habe gute Beziehungen zu Arbeitgeberverbänden“) Anzeigenaufträge im Werte von mehreren Millionen Mark in Aussicht. Aber diese Aufträge bringen erst dann Bargeld, wenn die Anzeigen in einem Scherl-Blatt gedruckt werden; bisher ist dazu noch gar kein Papier da. Da kam man in der Scherl-Direktion auf die Idee, die Taubertschen Anzeigen-Versprechungen einer Bank als Sicherheit für einen Betriebsmittel-Kredit zu offerieren; aber auch diese Unternehmung schlug fehl.

Daraufhin wandte sich einer von Scharnkes sturmerprobten Kampfgefährten am 19. Mai 1957 an den Stahlhelmführer Girgensohn und bat ihn schriftlich, „möglichst selbst oder in Verbindung mit dem Feldmarschall (Kesselring)“ den Chef des Hauses Hohenzollern, den Prinzen Louis Ferdinand, in die Geldbeschaffungsaktion einzuschalten.


„Da es keine absolut deutschbewußte Zeitung zur Zeit gibt“, so hieß es in diesem Brief an Girgensohn, solle Scharnkes Lokal-Anzeiger „die nationale Tageszeitung Deutschlands und auch das Sprachrohr gegenüber dem Ausland werden“. Seine Kaiserliche Hoheit möge bedenken, welchen Nutzen die Wiedererweckung des Scherl-Verlages für die Wiedererweckung der Monarchie haben könnte, denn das alte Verlagshaus war früher eine Hochburg der Kaiserstreue.

Aber Louis Ferdinand war viel zu vorsichtig und lehnte die erbetene Finanzhilfe höflich ab. Denselben Effekt erzielten Scharnkes Kontaktmittler bei mehreren



Die arabischen Schriftzeichen bedeuten.

## Würziger Orient

In der  steckt viel Ehrgeiz des Hauses Kyriazi

adligen Standesherrn, zum Beispiel bei dem Grafen Blücher von Wahlstatt in München, der die Vermögenswerte des Industrie-Grafen Schaffgotsch verwaltet.

Schließlich verhandelten Scharnkes Geldbeschaffungs-Assistenten auch noch mit dem ehemaligen Waffen-SS-General Felix Steiner im Münchner „Bayrischen Hof“, weil ihnen irgendein Witzbold eingeblasen hatte, der ehemalige SS-General verfüge über phantastische Beziehungen zur Industrie. Doch auf diesem Ohr war Steiner — wie sich schnell herausstellte — völlig taub. Er entwickelte während der Unterredung nur Theorien über moderne Landesverteidigung und die Hebung der Manneszucht.

Scharnke wäre mittlerweile bereit gewesen, sein schwarz-weiß-rotes Lokal-Anzeiger-Konzept etwas zu frisieren, als er hörte, daß der Gesellschafter des Münchner Süddeutschen Verlages, Dürrmeier, Interesse an der Firma August Scherl Nachfolger KG bekundet habe. Doch auch Dürrmeier wandte sich nach kurzer Orientierung schnell von dem Projekt ab.

Dennoch wollen Scharnke und seine Ratgeber das Rennen nicht aufgeben, obwohl sie — bei allem Optimismus — selbst nicht mehr so recht daran glauben, vor den Wahlen noch mit einem Lokal-Anzeiger herauszukommen. Der inzwischen ausgeschiedene Wille sagt dazu: „Der Lokal-Anzeiger wird nach den Bundestagswahlen anlaufen, um den Anschein zu vermeiden, er sei von der Regierungs-Koalition mitfinanziert.“

Scharnke hat allerdings in den letzten Wochen einen äußerst phantasiebegabten Wahlkampfspezialisten engagiert, den er kürzlich für einen Abwehrauftrag bevollmächtigte; in Scharnke hat sich nämlich zur fixen Idee ausgewachsen, der Hamburger Verleger Springer wolle das Wiedererstehen des Scherl-Verlages mit allen Mitteln verhindern.

Scharnkes neuester Helfer, Werner Heinz Stephan, ist sogar dem Bundeskanzler Adenauer bekannt, aber diese Bekanntschaft aus dem Wahlkampf 1953 dürfte kaum dazu beitragen, Scharnkes Prestige in Bonn zu heben. Stephan, der sich noch heute seiner früheren Gestapo-Tätigkeit rühmt, sich aber des besseren Kluges wegen „Kriminalrat außer Diensten“ nennt, übergab 1953 der CDU grob gefälschtes Informationsmaterial, mit dem bewiesen werden sollte, daß mehrere führende SPD-Funktionäre mit Geldern des SED-Zentralkomitees bestochen worden waren (Schroth-Scharley-Affäre). Das Material wollte Stephan von einem großen sächsischen Unbekannten namens „Baule“ erhalten haben, der Mitglied der Westkommission des SED-Zentralkomitees sei. Mehr dürfe er nicht sagen, „sonst geht Baule drüben hoch“.

Konrad Adenauer machte frisch-fromm in seinen Wahlkampfreden von Stephans Dossier Gebrauch. Später mußte der Bundeskanzler allerdings den Rückzug antreten und zugeben, daß er auf gefälschte Informationen hereingefallen war. Dieser Stephan konnte sich inzwischen in Scharnkes Dienst als Geheimagent für schwierige Fälle bewähren und gab in dieser Eigenschaft kürzlich eine Gastrolle in Hamburg. Er hofft, Direktionsassistent bei Scharnke zu werden, sobald es dem Verlagsdirektor gelingt, seiner Direktion weitere tätige Abteilungen anzugliedern. Indes darf fraglich erscheinen, ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, wenn Scharnke sich klargemacht hat, daß sein Kriminalrat unter Anklage wegen Urkundenfälschung und Betruges steht und in dieser Sache 1955 in U-Haft gesessen hat.

Die Fensterscheiben der 62 leeren Zimmer im Scherl-Haus an der Berliner Friedrichstraße wurden erst vor kurzem wieder blitzblank geputzt, nachdem Scharnkes Schwiegermutter nochmals 50 000 Mark Übergangskredit gewährt hatte.

## GEWERKSCHAFTEN

### ARBEITSZEIT-VERLÄNGERUNG

#### 60 Stunden sind zumutbar

Der Kraftfahrer Werner Küker, 32, aus Hannover hat jüngst den feinen Unterschied erfahren müssen, den die Gewerkschaft Textil - Bekleidung zu machen weiß, je nachdem, ob sie als Arbeitnehmerorganisation bemüht ist, der Textilindustrie möglichst günstige Tarifbedingungen abzurufen, oder ob sie ihre eigenen Arbeitgeberinteressen gegenüber Gewerkschaftsangestellten zu wahren wünscht.

Küker hatte seinen Dienst als Kraftfahrer der Gewerkschaft Textil - Beklei-



Abgedankter Scherl-Direktor Wille  
Die Industrie gab kein Geld

dung, Bezirksleitung Niedersachsen in Hannover, zehn Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten versehen. Anfangs lenkte Küker einen Volkswagen, dann saß er am Steuer eines gewerkschaftseigenen Opel Rekord, und schließlich durfte er sogar den Bezirksleiter Georg Drescher in einem Mercedes 180 D chauffieren.

Dafür erhielt Küker monatlich 500 Mark, die der junge Familienvater als halbwegs angemessene Entlohnung ansah, obwohl er kürzlich erfolglos eine Lohnerhöhung von 50 Mark beantragt hatte. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch verlängerte Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn aber wollte Werner Küker nicht unwidersprochen hinnehmen. Er weigerte sich deshalb hartnäckig, einen neuen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen, den ihm die Gewerkschaftsbezirksleitung Ende vergangenen Jahres präsentierte. Darin hieß es nämlich, daß Kükers Arbeitszeit statt bisher 45 Stunden künftig 60 Stunden wöchentlich betragen solle. Einen Lohn-

ausgleich oder die Bezahlung von Überstunden wollte die Gewerkschaft dem Küker jedoch nicht zugestehen.

Dieses Ansinnen wies der Funktionschauffeur energisch zurück. Als gewerkschaftsbewußter Kollege hatte er stets mit wachem Blick die Bemühungen der Gewerkschaften um eine soziale Besserstellung der Arbeitnehmer beobachtet. Nicht ohne Stolz hatte er im Familienkreis auch von den Erfolgen der Textilarbeiter-Gewerkschaft berichtet, die nach zähen Verhandlungen den Arbeitgeberverband der Textilwirtschaft dazu bewegen konnte, die 45-Stunden-Woche einzuführen. Damit die Textilarbeiter freitags trotz kürzerer Arbeitszeit den gleichen Betrag in den Lohntüten finden wie vorher, zahlen ihnen die Unternehmer seit April sieben bis neun Prozent mehr Stundenlohn.

Der Kraftfahrer folgte daraus für seinen Fall, daß bei einer Arbeitszeitverlängerung ein Lohnausgleich erst recht selbstverständlich sei. Zunächst hielt er daher den Text seines neuen Arbeitsvertrages für einen Irrtum, zumal die Büroangestellten der Textilarbeiter-Gewerkschaft mittlerweile sogar zur 40-Stunden-Woche übergegangen waren.

Küker mußte sich jedoch von der Geschäftsstelle seiner Gewerkschaft belehren lassen, daß der Vertragstext durchaus im Sinne des Düsseldorfer Hauptvorstandes der Gewerkschaft Textil - Bekleidung verfaßt worden sei. Bei dieser Gelegenheit versuchten die Gewerkschaftsfunktionäre, dem rebellischen Fahrer Küker ins Gewissen zu reden. Sie wiesen darauf hin, daß der neue Vertrag praktisch nur einen bereits bestehenden Zustand legalisiere. Die Funktionäre priesen beschwörend das kollegiale Verhältnis zwischen Chef und Untergebenem, das mit dem üblichen Vorgesetztenverhältnis in der Privatwirtschaft nicht vergleichbar sei. Außerdem appellierten sie an den gewerkschaftlichen Idealismus, der eine „Arbeit mit dem ständigen Blick auf die Uhr“ verbiete.

Schließlich sei, so gaben die Funktionäre noch zu bedenken, der Dienst des Kraftfahrers auch nicht ausschließlich als produktive Arbeit zu werten. Küker könne sich beispielsweise auf Dienstreisen während längerer Pausen mit Ballspielen, Baden oder Skat vergnügen. Das alles aber schien dem Werner Küker kein ausreichendes Äquivalent für eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 15 Stunden. Starsinnig weigerte er sich, den neuen Vertrag zu unterzeichnen.

Daraufhin beurlaubte ihn sein Chef Georg Drescher, mit dem er sich bis dahin geduzt hatte, „weil die Zusammenarbeit mit Küker nicht länger tragbar ist“. Wenig später stellte der Düsseldorfer Hauptvorstand der Textilarbeiter-Gewerkschaft Küker die offizielle Kündigung zu, in der als Entlassungsgrund seine Weigerung vermerkt stand, in den neuen Arbeitsvertrag einzutreten.

Küker erhob sofort vor dem Arbeitsgericht in Hannover Klage auf Widerruf der Kündigung und pochte dabei auf den ihm gesetzlich zustehenden Kündigungsschutz, den die Kollegen der Gewerkschaftsleitung grüßlich mißachtet hatten.

Kürzlich hatte sich nun das hannoversche Arbeitsgericht mit diesem Fall zu befassen. Nach mündlicher Verhandlung schlug der Arbeitsgerichtsdirektor Dästner den Parteien einen Vergleich vor, den die Gewerkschaft auffallend schnell akzeptierte. Sie nutzte damit die Gelegenheit, die für sie blamable Angelegenheit noch im letzten Augenblick möglichst geräuschlos aus der Welt zu schaffen. Die Gewerkschaft verpflichtete sich, dem Kraftfahrer Küker jetzt 6000 Mark — ein ganzes Jahresgehalt — als Abfindung zu zahlen.